Einzelpreis 500000 Mark

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Morgen-Ausgabe

Jahrg. 216 Nr. 442

Bezugspreis: vom 16.–22 Sept. Mark 4 000 000. — Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen. — — Höhere Gewalt entbindet den Verlag von Schadenersatz. —

Halle-Saale

Freitag, 21. Sept. 1925

Anzeigenpreis: (Illustriertes Schlüsselhaus des V. D. Z. D. V. — 12 000). Die 8 gespalt. 34 mm breite Millimeterzeile 40 M., Kleine u. Familien-Anzeigen 20 M., Stellengesuche 10 M. Die 3 gespalt. 90 mm breite Reklame-Millimeterzeile 200 M. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto Leipzig 20 512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6209 Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Ehlele, Halle-Saale

Außen- und innerpolitische Entspannung

Die deutsche Verhandlungsbasis

Eine deutsche Denkschrift an Belgien

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 20. September.

In Berlin macht sich eine starke Entspannung bemerkbar. Das ist wohl darauf zurückzuführen, daß die Uebergabe einer deutschen Denkschrift an Belgien bekanntgeworden ist. Offenbar ist diese Denkschrift von belgischer Seite angefordert worden, um auf Grund dieser Ausführungen gewisse Vermittlungsvorschläge machen zu können. Ob diese Entspannung anhält, liegt noch in der Hand Poincarés, der mit einem Schlage die Situation wieder ändern kann. Wie sich von selbst versteht, hat die außenpolitische Entspannung auch eine innerpolitische zur Folge, zumal nicht anzunehmen ist, daß von irgendeiner Seite in diesem Augenblick gegen die Regierung ein Vorstoß unternommen wird, wo, wenn vielleicht auch nur vorübergehend, Erfolgsmöglichkeiten am Horizont erscheinen.

Keine bedingungslose Aufgabe des passiven Widerstandes

Berlin, 20. September.

Zu der von Havas mitgeteilten Bereitschaft der französischen Regierung zu Verhandlungen mit Deutschland, wenn der passive Widerstand aufhört, hört die „Vossische Ztg." von unterrichteter Stelle:

Den Alliierten ist bekannt, daß auch Deutschland nichts anderes erstrebt, als eine Basis für die endgültigen Reparationsverhandlungen zu schaffen, die der französische Ministerpräsident jetzt in Aussicht stellt. Deutschland ist bereit, zu diesem Zwecke alles, was in seiner Macht liegt, zu tun, um die wirtschaftliche Arbeit des Ruhrgebiets wieder herzustellen. Dabei liegt aber auf der Hand, daß der praktische Erfolg aller Schritte, die Deutschland in dieser Richtung tun kann, durch das bedingt ist, was die Alliierten ihrerseits daraufhin tun. Eine Befriedung des Ruhrgebiets und eine Wiederaufnahme normaler wirtschaftlicher Funktionen ist auch nur für die Dauer eines Provisoriums schwer denkbar, wenn nicht die Verurteilten amnestiert werden, die Ausgewiesenen zurückkehren können und solange die Verwaltung nicht wieder in die Hände der deutschen Beamten gelegt ist. Ebenso hängt das Wiederaufleben der besetzten Gebiete davon ab, daß die freie Arbeit gewährleistet wird und der freie Verkehr zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet gesichert ist. Wird ein solcher Zustand mit möglichster Beschleunigung hergestellt, so ist das die Voraussetzung dafür, die Reparationsfrage selbst durch effektive Zahlungen in einer Weise zu lösen, die die Räumung des Ruhrgebiets in sich schließt und den vertragsmäßigen Zustand im Rheinland wiederherstellt.

Die Richtigkeit dieser Meldung des genannten Blattes wird von amtlicher Seite bestätigt.

Günstige Aufnahme des deutschen Währungsplanes in England

London, 20. September.

Der neue Währungsplan der deutschen Regierung wird von der englischen Presse günstig aufgenommen. „Daily Telegraph" glaubt, daß der Plan sowohl für Deutschland als auch für seine Gläubiger von Vorteil sein werde, falls das Kabinett Stresemann die Kraft habe, ihn gegen alle Widerstände durchzuführen. Die „Times" ist in letzterer Hinsicht nicht sehr optimistisch und betont, daß die Veröffentlichung eines Planes noch nicht seine tatsächliche Durchführung bedeute. Im übrigen wiederholt das Blatt seine schon geäußerte Ansicht, daß die Schwierigkeiten im Budget nicht beseitigt werden könnten, solange die Ruhrfrage nicht gelöst ist.

Frankreich auf dem Gimpelfang

Paris, 20. September.

Zu der gestrigen Unterredung zwischen Baldwin und Poincaré verbreitet die „Agence Havas" eine Mitteilung, in der es heißt, die Zusammenkunft sei trotz ihrer Kürze ein diplomatisches Ereignis von größter Bedeutung. Die darüber ausgegebene Verlautbarung sei in dieser Hinsicht besonders bezeichnend, obwohl sie diskret gehalten sei. Der Besuch, den der englische Premierminister vor seiner Rückkehr nach London dem Präsidenten der Republik und seinem französischen Kollegen abgestattet habe, habe den Wiederbeginn vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen den beiden Regierungen ankündigen sollen. Die „Agence Havas" will darin das Zeichen einer teilweisen Meinungsänderung des englischen Kabinetts hinsichtlich der Methoden gegenüber Deutschland erkennen. Für die Alliierten Frankreichs, ob sie politisch, finanziell oder handelspolitisch interessiert seien, mache sich die Ruhroperation mit bezahlt. Es sei übrigens im Augenblick möglich, die Legalität der von den Ministern in Paris und Brüssel getroffenen Zwangsmaßnahmen zu erörtern, da sie im Begriff seien, den erwarteten Erfolg zu bringen. Sicher sei, sagt „Havas", daß die deutsche Bevölkerung im besetzten Gebiet des systematischen Widerstandes gegen die alliierten Behörden überdrüssig (?) sei, der ihr von Berlin aufgezwungen (?) werde. Das Kabinett Stresemann selbst gebe sich über den Ausgang des eingeleiteten Kampfes keinen Täuschungen mehr hin. Unter diesen Umständen sei Poincaré bereit, die Verhandlungen mit dem Reiche wieder aufzunehmen, vorausgesetzt, daß die Verordnungen über den passiven Widerstand zurückgenommen würden. Poincaré halte sich immer noch an diese unerläßliche Bedingung. Es sei nicht überraschend, so führt die halbamtliche französische Agentur weiter aus, daß sich Baldwin der Logik der Begründung und der Stärke der Ueberzeugung seines französischen Kollegen angeschlossen habe. In keiner Frage bestehe eine Meinungsverschiedenheit über das Ziel der beiden Regierungen, und man hoffe, daß das in Berlin verstanden werde.

Mit allen Mitteln soll durch die Darstellung, daß Frankreich und England einig seien, Deutschland mürbe gemacht werden. Es wird nicht behauptet, daß Baldwin mit der Ruhrbesetzung nunmehr einverstanden sei, aber der deutsche Gimpel soll das zwischen den Zeilen herauslesen und dann zu der Ueberzeugung kommen, daß der Widerstand nunmehr nutzlos sei. Niemals mehr als jetzt heißt es: auf der Hut sein! Strecken wir jetzt die Waffen, ist alles verloren, dann sind alle Opfer an Gut und Blut an Rhein und Ruhr vergeblich gewesen. Denken wir an die Lügenpropaganda während des Weltkrieges!

Poincaré und Baldwin noch in Fühlung

London, 20. September.

Der Inhalt der über die gestrige zweistündige Unterredung zwischen Poincaré und Baldwin herausgegebenen Kommuniqués ist hier mit großer Befriedigung aufgenommen worden. Natürlich wird darüber, was in dieser Unterredung gesprochen worden ist, strengstes Stillschweigen gewahrt, und alle Kombinationen darüber werden lediglich als solche gewertet. In den Kommuniqués wird zum Ausdruck gebracht, daß es erklärlich sei, wenn Poincaré und Baldwin auf dieser einen Zusammenkunft nicht zu einem endgültigen Ueberein kommen gelangt seien, und man entnimmt hier dieser Phrase die Ansicht, daß noch weitere Unterhaltungen zwischen den beiden Staatsmännern folgen werden. Baldwin wird Paris morgen verlassen; man glaube, daß er auch weiter noch mit Poincaré in Fühlung steht. Man begrüßt es hier vor allem, daß die beiden Staatsmänner sich nunmehr persönlich kennen gelernt haben.

Nur eine ehrenvolle Beendigung des Ruhrkonflikts

Göttingen, 20. September.

Der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Geheimrat Dr. Kahl sprach am Mittwoch abend in Göttingen über den Weg zur Freiheit. Er führte aus, es hänge von der erfolgreichen Lösung des Ruhrkonfliktes ab, ob sich die jetzige Regierung länger behaupten kann oder ob sie schon in kurzem fallen müsse. Was dann kommt, wisse niemand, es wäre der Weg ins Dunkle, nicht aber in die Freiheit. Die Lösung auf wirtschaftlichem Wege dürfe indessen nicht um das Opfer nationaler Ehre geschehen. Eine zweite erpreßte Schuldlüge unterzeichnen wir niemals, was auch kommen möge. Es müsse also versucht werden, eine ehrenvolle Liquidation des Ruhrunternehmens zu ermöglichen. Kein Zeichen von Schwäche, aber auch kein Säbelrasseln. Wir müßten den Willen zum Leben hochhalten und vor allem das Reich zu erhalten suchen.

Dauernde Deutschnationale Parlamentariertagung

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 20. September.

Das Bureau der deutschnationalen Reichstagsfraktion teilt mit:

Die politische Lage ist derart gespannt, die Ereignisse können sich derart überstürzen, daß die beiden Fraktionen der deutschnationalen Volkspartei des Reichstages und des preußischen Landtages einen Ausschuß eingesetzt haben, der während der Parlamentsferien ständig in Berlin tagt, um im Sinne der bekannten Einstellung der Partei die nationalen Interessen nachdrücklichst zu wahren. Beide Parteien haben dadurch ihre Entschlossenheit bekundet, sich von dem Gang der Ereignisse nicht überraschen zu lassen.

Späterer Zusammentritt des Reichstages?

Berlin, 20. September.

Gestern abend war, wie mitgeteilt, der Zusammentritt des Reichstages für den nächsten Mittwoch bestimmt in Aussicht gestellt, für den Auswärtigen Ausschuß sogar noch ein früherer Zusammentritt in Aussicht genommen. Inzwischen ist, wie uns mitgeteilt wird, der Termin der Einberufung des Reichstages schon wieder unsicher geworden, ein späterer Zusammentritt wahrscheinlich. Offenbar ist also die Hoffnung der Reichsregierung, schon bis Mitte nächster Woche eine von ihrem Standpunkt geeignete Grundlage für die Reichstagsverhandlung in den Händen zu haben, inzwischen wieder zu Wasser geworden!

Der Völkerbundsrat in Verlegenheit

Genf, 20. September.

Der Völkerbundsrat sollte heute morgen 10½ Uhr eine öffentliche Versammlung abhalten, in der Lord Cecil auf Salandras Rede vom Montag über die Rechtmäßigkeit der Besetzung Korfus antworten und die Frage der Zuständigkeit des Völkerbundes noch einmal aufwerfen wollte. In der vorbereitenden geheimen Sitzung konnte jedoch keine Einigung erzielt werden. Salandra widersetzte sich jeder derartigen öffentlichen Debatte. Der Rat fügte sich. Cecil verzichtete auf seine Rede. Nach erneuten mühsamen Beratungen einigte man sich in der geheimen Sitzung auf einen Kompromißtext, in dem tatsächlich jede Anspielung auf den griechisch-italienischen Fall vermieden wurde und den der Ratspräsident Ishii einfach in der öffentlichen Sitzung verlesen sollte. Nach 12 Uhr erschien der Rat endlich in dem Verhandlungsraum, in dem zahlreiches Publikum, die Presse und zahlreiche Mitglieder der Völkerbundsversammlung seit 1½ Stunden warteten. Der Rat trat sofort in seine übrige Tagesordnung ein, in deren Verlaufe sich Ishii erhob, um die vereinbarte Erklärung zu verlesen. Diese hatte folgenden Wortlaut:

Gewisse Auslegungsfragen gewisser Artikel des Paktes über die Vollmacht des Rats und anderer Fragen des internationalen Rechts haben die Aufmerksamkeit mehrerer meiner Kollegen auf sich gelenkt. Ich glaube, daß ihre Lösung notwendig wäre, um in Zukunft jede Meinungsverschiedenheit hierüber zu vermeiden und die Aufgabe des Völkerbundsrats zu erleichtern. Ich glaube daher dem Rate vorschlagen zu dürfen, daß er entscheide, unter Mitwirkung von Juristen ein besonnenes und gründliches Studium dieses heiklen Problems vorzunehmen und die zu diesem Zwecke am besten geeigneten Methoden zu untersuchen.

Eine Debatte hierüber fand nicht statt. Ishii fragte die Versammlung, ob sie den Vorschlag annehme. Lord Cecil antwortete trocken: „Ich nehme an!" Die übrigen Mitglieder nickten zustimmend.

Hierauf ging der Rat zu anderen Fragen der Tagesordnung über. Dieser Ausgang der mit großer Spannung erwarteten Sitzung wurde von einem Teil der Presse und des Publikums mit unverhohlener Heiterkeit aufgenommen. Bei den anderen Teilnehmern der Sitzung rief der Vorgang eine sichtbare Verstimmung hervor. Die weitere Entwicklung der Angelegenheit dürfte sich folgendermaßen abspielen:

Ein vom Rat zu ernennender juristischer Ausschuß wird folgende Probleme prüfen: Die Zuständigkeit des Rats im allgemeinen, die Gesetzmäßigkeit der Besetzung fremden Gebiets und die Verantwortung eines Staates für die auf seinem Gebiete begangenen Verbrechen. Erst nach Abschluß dieser Untersuchungen würde die Frage einer eventuellen Ueberweisung an den ständigen internationalen Gerichtshof akut werden.

Der lächerliche Völkerbund

Genf, 19. September.

Der englische Vertreter bemerkte, daß die Zurückziehung des Antrages Strafoschi nicht dahin ausgelegt werden dürfe, als sei der Völkerbund für die Reparationsfrage nicht zuständig. Munch-Dänemark wies lebhaft darauf hin, daß die öffentliche Meinung es nicht verstehen würde, wenn der Völkerbund die wichtigste aller Fragen von der Beratungen ausschlösse und wenn er sich nicht mit großen, sondern nur mit kleinen Fragen befaßte. Der Bericht über die Tätigkeit des Finanzkomitees wurde dann einstimmig in seiner ursprünglichen Form angenommen, die den Hinweis enthält, daß erst nach Lösung der Reparationsfrage das Finanzkomitee voll seine Aufgabe erfüllen könne.

Der erste Ausschuß des Völkerbundes (Gerichts- und Verfassungsfragen) nahm zum Artikel 10 des Paktes, dessen Streichung oder Abänderung Kanada beantragt hatte, mit Zustimmung des kanadischen Vertreters die folgende, die Tragweite dieses Entschlusses einschränkende Erklärung an: Es entspricht dem Geiste dieser Artikel, daß in Fällen, in denen der Rat militärische Maßnahmen infolge eines Angriffes oder einer Angriffsdrohung empfehlen zu müssen glaubt, er der geographischen Lage und den besonderen Bedingungen für jeden einzelnen Staat Rechnung trägt. Es ist Sache der verfassungsmäßigen Instanzen, jedes Mitglied des Bundes zu beurteilen, in welchem Maße es die Ausführung seiner Verpflichtungen betreffend die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und territorialen Unver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192309211-10/fragment/page=0001

sehrtheit der Mitglieder durch Anwendung seiner militärischen Machtmittel zu sichern hat. Immerhin soll dabei die Empfehlung (!) des Rates als äußerst wichtig beachtet und von allen Mitgliedern in dem Wunsche, ihre Verpflichtungen ehrlich (!) auszuüben, in Betracht gezogen werden.

Belgische Willkür

(Eigener Drahtbericht.)

Aus dem Ruhrbezirk, 20. September.

Vor dem Aachener Kriegsgericht hatten sich 11 Mitglieder des Selbstschutzes zu verantworten, der sich anläßlich der kommunistischen Unruhen in Hamborn zur Unterstützung der Schupo gebildet hatte. Der angeklagte Polizeileutnant Büchel wurde freigesprochen, da der seinerzeit dagegen Einspruch erhoben hatte, daß der Selbstschutz sich mit Waffen und Uniformen versah. Die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen, die zum größten Teil durch die Untersuchungshaft verbüßt sind.

Auf der Zeche „Graf Bismarck" war die Belegschaft unruhig geworden wegen der Weigerung der Belgier, Deputatkohle anfahren zu lassen. Es kam zu einer großen gegen die Belgier gerichteten Kundgebung auf dem Zechenplatz. Die Belgier gaben schließlich, da sie sich bedroht fühlten, eine Anzahl Schreckschüsse ab, durch die niemand verwundet wurde. Um Mißhelligkeiten zu vermeiden, beschloß die Belegschaft, den Zechenplatz zu räumen und gegen diese belgische Willkür einen 24stündigen Proteststreik auszurufen.

Der Grund der Besetzung des Mannheimer Schlosses

Mannheim, 20. September.

Durch die heute morgen erfolgte Besetzung des Mannheimer Schlosses hat die Besetzung Mannheims eine weitere Ausdehnung erfahren. Der Grund der Besetzung, über den in der Stadt die verschiedensten Gerüchte im Umlauf sind, ist bisher authentisch noch nicht bekannt. Da das Schloß an den Ausgängen zur Rheinbrücke nach Ludwigshafen liegt, dürfte es sich um eine Ausdehnung des Brückenkopfes der Rheinbrücke handeln. Die Schloßbesetzung kam vollständig überraschend. Sämtliche Zugangsstraßen zum Schloß werden von starken Maschinengewehrposten bewacht gehalten. Am rechten Flügel des Schlosses gegen den Hauptbahnhof zu stehen die französischen Posten bis zur Lindenhofüberführung an der Vorderfront an dem Portal des Schloßhofes und beherrschen von hier aus die breite Straße, die zu der von den Franzosen schon vor einiger Zeit besetzten Neuen Friedrichsbrücke und zum ebenfalls besetzten Neckarbahnhof führt. Die auf dem linken Flügel des Schlosses an der Jesuitenkirche stehenden Posten stellen die Verbindung mit dem am 8. März besetzten Mannheimer Hauptzollamt im Hafengebiet her. Der Zugang zum Schloß und zum Schloßhof wird dem Publikum verwehrt.

Oberhausen ohne Licht und Strom

Oberhausen, 20. September.

Gestern um 9 Uhr abends besetzten französische Truppen das Elektrizitätswerk der Stadt Oberhausen. Der Betrieb wurde sofort stillgelegt und die Zufuhr von Licht- und Kraftstrom nach der Stadt und den Außenstadtteilen unterbunden. Die Stadt befindet sich ohne Licht und sämtliche auf Kraftstrom eingestellten Betriebe stehen still. Die Straßenbahn mußte ihren Verkehr bereits eine Stunde vor der Besetzung des Werkes einstellen. Als Grund für diese Maßnahme wird angeführt, daß ein der Stadtverwaltung in später Abendstunde zugestelltes Ultimatum nach Wiederherstellung eines unbrauchbar gewordenen Kabels nicht durchgeführt wurde. Der Zugang zum Werk ist untersagt. Die Stadtverwaltung wird heute in Verhandlungen mit der Besatzungsbehörde eintreten. Die Zeitungen können nicht erscheinen. Der Betrieb der Bäckereien ist eingestellt.

Der Gewerkschaftsring zum Währungsproblem

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 20. September.

Der erweiterte Vorstand des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamten befaßte sich in einer außerordentlichen Sitzung mit dem Währungsproblem der Reichsregierung. In folgender Entschließung fand die Auffassung des Gewerkschaftsringes ihren Niederschlag:

Die Preisbildung auf dem inneren Markte paßt sich äußerst schnell der jeweiligen Dollarwertung an. Das bedeutet die Ausschaltung der Mark, auch als Zahlungsmittel.

Diese Zurückweisung der Mark als Zahlungsmittel untergräbt den Staatsgedanken über Währung und Wirtschaft. Die geplante Währungsreform muß darum dem Staatsgedanken bewußt dienen. Es müssen also alle Versuche zurückgewiesen werden, die Währung unter den überwiegenden Einfluß privatwirtschaftlicher Interessengruppen zu bringen. Diese Gefahr birgt der Plan einer Roggenwährung in sich, weil

1. der Roggenpreis von der Anbauwilligkeit der Landwirtschaft abhängig ist,
2. eine Steigerung des Roggenpreises durch das Motiv, den Kurs der deutschen Währung zu steigern, verschlimmert wird,
3. die Volksernährung gefährdet wird,
4. bei völligem Ausschluß aus dem Getreideweltmarkt die Roggenwährung von allen Einflüssen bedroht würde.

Deshalb billigen wir bei von der Regierung geplanten Entschluß, nicht das Getreide als Währungsgrundlage, weil

1. die Faktoren, die die Produktionskosten des Goldes bestimmen, weniger veränderlich sind als die des Getreides,
2. die Produktionskosten und der Produktionsaufall angesichts des großen Goldvorrates der Welt die Preisbildung des Goldes höchstens auf sehr lange Sicht beeinflussen,
3. weil nur der Anschluß an das Währungsmittel der für den deutschen Außenhandel wichtigsten Länder die Bezahlung der deutschen Wechselkurse auf breiten Märkten verbürgen kann.

Die Verfassungstreue der Verkehrsorganisationen

München, 20. September.

Die Funktionärversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes und des Deutschen Verkehrsbundes hat eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: Die Mitglieder der Verkehrsorganisationen Bahn und Post stehen auf dem Boden der Reichsverfassung. Sie lehnen jede Diktatur ab, fühlen sich durch ihren Eid als Reichsbeamte und Reichsarbeiter und leisten nur dem Reiche Dienst. Die Rettung des Reichs ist nur auf dem Wege der Demokratie im Rahmen der bestehenden Verfassung möglich. Jeder Putschversuch in der heutigen schweren Zeit ist als verbrecherische Handlungsweise zu bezeichnen. Das Bahn- und Postpersonal wird daher allen separatistischen und reaktionären Bestrebungen entgegentreten und jeder Diktatur ihren Dienst verweigern.

München, 20. September.

Die Deutsche Postgewerkschaft, in der die Masse des bayerischen Postpersonals im untern Dienst organisiert ist, läßt im Hinblick auf die umlaufenden Putschgerüchte erklären, daß die unbedingte Treue gegenüber den bestehenden Verfassungen im Reich und in Bayern und zu den verfassungsmäßigen Regierungen eine Selbstverständlichkeit ist. Die Gewerkschaft ist gewiß, daß die Abteilung 7 des Reichspostministeriums jeden Beamten und Arbeiter bei der eventuell notwendigen Abwehr irgendeines gewalttätigen Eingriffs im Betrieb der Reichspost- und Telegraphenverwaltung tatkräftig unterstützen wird.

Hindenburgs Abschied von Bayern

München, 20. September.

Generalfeldmarschall von Hindenburg hat gestern nachmittag Bayern nach vierwöchigem Aufenthalt verlassen. Der Feldmarschall hat sich im bayerischen Hochland sichtlich gut erholt und äußerte sich äußerst befriedigt. Zum Abschied hatten sich am Bahnhof der Regierungspräsident Dr. von Kahr, General Ludendorff, Graf von Soden als Vertreter des Kronprinzen Ruprecht und eine Reihe anderer Persönlichkeiten eingefunden. Im Gespräche mit dem Führer der vaterländischen Verbände, Professor Bauer, sprach er die dringende Mahnung aus, daß Bayern sich auf keinen Fall vom Reiche trennen dürfe, auch nicht vorübergehend. Bayern dürfe nicht vergessen, daß Preußen auch ihm in schlimmen Tagen geholfen habe. Eine zahlreiche Menge wohnte der Abfahrt Hindenburgs bei und brachte ihm lebhafte Huldigungen dar, für die Hindenburg lebhaft dankte.

Die Räumung Korfus

London, 20. September.

Der italienische Generalkonsul in Korfu hat dem dortigen britischen Konsul mitgeteilt, daß sich die italienischen Truppen vorbereiten, die Räumung der Insel am 27. September vorzunehmen. Der italienische Konsul erklärt, daß die Munition verladen wird und daß die Landungsplätze geräumt werden.

Englische Interesselosigkeit in der Fiumefrage

(Eigener Drahtbericht.)

Rom, 20. September.

Der „Messagero" glaubt zu wissen, daß das englische Kabinett beschlossen habe, sich in der Fiumefrage als völlig uninteressiert zu erklären, und daher weder direkt noch indirekt an einer Lösung mit den Sachverständigen mitarbeiten werde. Die Vertreter Großbritanniens hätten in diesem Sinne der italienischen Regierung bindende Zusagen gemacht. Demselben Blatte zufolge beabsichtige Poincaré nicht mehr in der Fiumefrage einzugreifen. Er werde sich damit begnügen, der südslawischen Regierung eine sorgfältige und versöhnliche Prüfung der italienischen Vorschläge anzuempfehlen.

Nur Hüter der Ordnung?

(Eigener Drahtbericht.)

Mailand, 20. September.

Nach Meldungen aus Fiume hat General Giardino Journalisten eröffnet, daß seine Aufgabe als Gouverneur der Stadt Fiume sich lediglich darauf beschränke, die Ordnung in der Stadt aufrechtzuerhalten. Den politischen Auseinandersetzungen betreffend die Verwaltungsreform von Fiume halte er sich völlig fern, und er müsse bei Ausübung seines Amtes sich von den zurzeit geltenden Verträgen ausgehen.

Die Flucht des spanischen Außenministers

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 20. September.

Ueber den Verbleib des früheren spanischen Außenministers Alba waren verschiedentlich in der alliierten Presse irreführende Meldungen aus italienischer Quelle verbreitet. Es heißt, daß Alba sich inkognito in Italien aufhalte. Letzten Meldungen aus Brüssel zufolge ist aber festgestellt, daß er sich nach der Hauptstadt Belgiens begeben hat. Vermutlich hat sich Alba, da die Urheber des Staatsstreiches in Spanien ihn um jeden Preis in ihre Gewalt bringen wollten, auf französischen Boden geflüchtet. In Brüssel ist Alba in einem Hause der Gesellschaft Grand Hotel abgestiegen, deren Aufsichtsrat er angehört. Kurz nach seiner Ankunft stattete er dem spanischen Gesandten einen Besuch ab. Im übrigen weigert sich der Minister, Journalisten zu empfangen, und trifft Vorbereitungen, sein Inkognito weiter zu wahren.

Der neue japanische Außenminister

London, 20. September.

Wie Reuter aus Tokio meldet, ist Baron Ijuin zum Minister des Aeußern ernannt worden.

Eine Milliarde Dollar für den japanischen Wiederaufbau

(Eigener Drahtbericht.)

Tokio, 20. September.

Die japanische Regierung beabsichtigt eine Anleihe in Höhe von einer Milliarde Dollars zu Wiederaufbauzwecken aufzubringen.

Chinesisch-japanische Zusammenstöße

(Eigener Drahtbericht.)

Peking, 20. September.

Chinesische Truppen haben am Blauen Fluß ein japanisches Schiff angegriffen. Sie töteten den Kapitän und einige andere Japaner. Der Maschinist und einige Leute der Besatzung wurden von den Chinesen gefangen genommen. Der Anführer der chinesischen Truppen erklärte, daß er die Gefangenen nur gegen ein Lösegeld von einer Million Dollars freigeben werde. Sollten die Truppen der Nordpartei weiter vorrücken, so würden die Geiseln erschossen. Die Truppen der Nordpartei haben den Ort Chansia angegriffen und eröffneten am 1. September auf einen japanischen Dampfer heftiges Feuer. Am 18 September gaben sie Maschinengewehrfeuer auf einen britischen Dampfer, der von einem Kanonenboot begleitet war. Das Kanonenboot erwiderte das Feuer. Auf beiden Seiten waren Verluste zu verzeichnen.

„Das gestohlene Gesicht"

10] **Roman von El-Correi.**

Weiß Gott, er fing an, von persönlichen Dingen zu sprechen. Von Reisen und Büchern. Sie unterbrach ihn: „Haben Sie eine Zigarette für mich, Durchlaucht? Ich ließ mein Etui zuhause."

Henn faßte schnell in seine Tasche — zögerte dann aber plötzlich. Instinktiv fühlte er sich gewarnt, das fürstliche Geschenk hervorzuziehen.

„Nun?" fragte Tissa schon. „Sind Sie auch ohne Munition?"

„Nein, Gnädigste, nur fürchte ich, meine Sorte ist zu stark für eine Dame. Im übrigen sollten Sie den Duft Ihrer rosigen Lippen nicht beeinträchtigen!"

Sie lachte, aber das Mißtrauen schwand nicht aus ihren Augen.

„Ich bevorzuge ägyptische Zigaretten . . . lassen Sie mich die Ihren versuchen, Durchlaucht!"

„Bitte!" Er hielt das geöffnete Etui hin. Dabei konnte er jedoch nicht vermeiden, daß die edelsteinüberladene Außenseite des Etuis aufblinkelte.

Mit dem der Frau eigenen Scharfblick für solche vielsagenden Dinge bemerkte Tissa gleich die auffallende Eigenart des Etuis und Heinrichs Bemühen, den Gegenstand erst zu verheimlichen und dann halb zu verbergen.

„Oh, welch schönes Etui!", sagte sie sofort. „Gewiß ein Andenken von — schöner Hand!"

„Von verehrter Hand", sagte Henn mit Nachdruck und mußte, so peinlich es ihm war, das Etui Tissas Neugier überlassen.

Sie betrachtete es ziemlich lange. Und als sie's ihm zurückreichte, sagte sie leiser, erregter: „Von einer — geliebten Frau, Durchlaucht?"

„Nicht ausforschen!" bat er. „Besonders nicht heute!"

„Eins muß ich wissen!" beharrte sie, und ihre blauen Augen funkelten ihm ganz nahe. „Sind Sie an eine Frau gebunden? . . . Würde jede andere Frau nur eine zweite Rolle in Ihrem Leben spielen, Durchlaucht?"

Henn errötete langsam. Unter der suggestiven Nähe der schönen Frau verfiel er einem Zwang, der ihn sagen ließ, während er Tissas Hand faßte: „Fürst Vouajo ist gebunden an eine tragische Vergangenheit . . . Der Mensch aber, der hier diese schöne Hand küssen darf, kennt nur Sehnsucht nach einer Liebe, die er bisher entbehrte!"

Tissa erblaßte. Sie zog sich etwas zurück und sagte langsam, ihre dunklen Wimpern sinkend: „Ich suche keine Abenteuer, Durchlaucht . . . Ich gehöre zu den Frauen, die durchaus die erste und alleinige Rolle im Leben eines Mannes spielen wollen . . . Lachen Sie mich nicht aus! Ich weiß, keine Frau oder nur sehr wenige erreichen dieses Ideal . . . Ich aber habe erfahren, daß ich nicht teilen kann . . . Meine erste Verlobung scheiterte daran . . . Aber ich langweile Sie, Durchlaucht?"

„Langweilen nicht, Gnädigste . . . Jedes Ihrer Worte ist mir von Wert . . . Aber ich hörte eine Absage heraus . . . Und für heute muß ich schweigen . . ."

„Wir haben auch keine Zeit mehr zum Plaudern heute", meinte sie mit spöttischem Lächeln. „Ich muß an die Heimfahrt denken, meine Tante beunruhigt sich sonst wegen meines langen Ausbleibens!" Sie erhob sich und zog die schmiegsamen Lederhandschuhe über. Mit ihrer hochmütigsten Miene, die zu dem Ausdruck ihres etwas aufgeworfenen, sinnlichen Mundes mehr paßte wie jedes sanfte Lächeln, sagte sie: „Es wäre mir eine Ehre gewesen, Durchlaucht auch einmal als meinen Gast bei mir begrüßen zu dürfen, aber ich nehme wohl mit Recht an, daß ich auf diese Ehre vorläufig verzichten muß . . . Begleiten Sie mich auch bitte nicht hinaus zu meinem Wagen . . . Sie sehen, ich lernte von Ihrer Vorsicht!"

„Und Sie werden mir wieder eine solche selige Stunde schenken?" stammelte Henn.

Fast feindselig sah sie ihn an.

„Was gilt Ihnen solche Stunde, Durchlaucht?"

„Mehr als ich heute sagen darf!"

„Dann wollen wir wieder den Zufall entscheiden lassen!" Sie ging schon durch die kleine eisenbeschlagene Tür hinüber in den Saal.

Henn folgte ihr. Er hatte nicht die moralische Kraft, sich dieser ihn von weiterem Betruge befreienden Wendung zu fügen. So schnell konnte er noch nicht verzichten.

„Sie verlassen hier einen Unglücklichen —" bettelte er halblaut.

Da wendete sie sich wieder um. Das Halblicht in dem großen stillen Raume machte beider Gesicht etwas fahl und fremd. Ueberrascht sahen sie einander an, denn beiden schien es, als sähen sie sich in diesem Momente das erstemal im rechten Licht . . . Bisher hatte die Sonne vielleicht getäuscht. Die hatte die Farben allzu glühend gemalt, die sinnliche Macht der Körperlichkeit zu sehr verstärkt. In diesem stillen gedämpften Lichte, das einer Kirchenstimmung glich, sahen sie sich geistig. Beide hatten den Eindruck, eine törichte Maske getragen zu haben . . . Etwas versäumt zu haben, was nur diese Stunde gewähren konnte . . .

Unter diesem Gefühl schieden sie.

Fast kein Wort sprachen sie mehr.

Aber sie trugen gegenseitig die blassen, enttäuschten Züge des andern in der Seele . . .

Ganz uneins mit sich begann Tissa ihre rasche Heimfahrt. Sie hielt direkt auf die Stadt zu und ihr leichtes Gefährt flog schnell der Straße entlang. Allmählich klärten sich Tissas Gefühle ein wenig. Sie dachte: „Jedenfalls hat er sich anständig benommen. Anständiger wie mancher andere. Wenn ich vorsichtig zu Werke gehe, ist er zu erobern . . . Ich darf mich nur um Gottes willen nicht verlieben . . .!"

Nah bei ihrem Hotel hatte sie eine Begegnung, die ihr nicht angenehm war. Von der Promenade aus sah sie sich von Graf Wollfsheil bemerkt und begrüßt. Er war in Gesellschaft des Großindustriellen Brölling, der sich vor Wollfsheil um ihre Gunst bemorben hatte.

Es war Tissa sehr unangenehm, die beiden zusammen zu sehen. Wieder ganz um ihre Fassung gebracht, schloß sie sich in ihrem Zimmer ein, ohne Tante Klaras besorgte Fragen zu beachten.

Brölling hatte noch tiefer, noch enthusiastischer gegrüßt als Wollfsheil.

Als Tissa vorüber, lachte Brölling unverfroren.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192309211-10/fragment/page=0002

Aus Mitteldeutschland

Harzklub-Hauptversammlung

Ilsenburg, 20. September.

Der Harzklub hat Sonntag in Ilsenburg seine Hauptversammlung abgehalten. Der Vorsitzende, Stadtrat v. Frankenberg (Braunschweig), gab in einem kurzen Geschäftsbericht den Mitgliedern über die mannigfaltige Wirksamkeit, die der engere Vorstand und die Ausschüsse des Vereins seit der vorjährigen Tagung (Mähreland) entfaltet haben. Als besonders erfreulich wurde die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Harzklub, dem Oberharzer Skiklub, dem Harzer Verkehrsverband und dem Verbande der Hotelindustriellen des Harzgebiets hervorgehoben.

Um die Zweigvereine, die nach wie vor den Unterbau des Harzklubs bilden, in ihrem Streben nach Mitgliederzuwachs und nach Gewinnung ausgiebiger Mittel zu unterstützen, hat der Vorstehende in Braunschweig ein Werbeamt ins Leben gerufen, das zur Veranstaltung von Vorträgen, Unterhaltungs- und Lichtbildervabenden, gemeinsamen Ausflügen verschiedener Zweigvereine usw. zur Verfügung steht und bereits an zahlreichen Orten derartige Abende gehalten hat.

Die Hauptversammlung beschloß eine wesentliche Beitragserhöhung. Der Jahresbetrag soll vom 1. Januar 1924 ab gleitend den vierfachen Betrag des am Jahresanfang geltenden Fernbriefportos ausmachen. Auch die Tagegelder der Vertreter wurden entsprechend erhöht, während man bei dem Ersatz der Eisenbahnfahrkosten künftig die dritte (statt der zweiten) Klasse für ausreichend hielt. Ein Antrag des Zweigvereins Halle a. S., eine Verständigung der Außenvereine über Arbeitsgebiete anzubahnen, denen sie im Innenharz ihre besondere Fürsorge angedeihen lassen, ähnlich wie dies zum Teil schon üblich ist und sich auch im Alpenverein sehr bewährt hat, wurde angenommen. Auch für die Ermittlung und Bekanntgabe preiswerter Unterkunfts- und Verpflegungsstellen im Harzgebiet wird nach einem ebenfalls angenommenen Antrage desselben Zweigvereins nach Fühlungnahme mit der Vertretung des Wirtestandes gesorgt werden. Die Herstellung und der Vertrieb von Harzklub-Abzeichen (silberne Tanne) wird vom Vorstande vorbereitet werden. Die Bewilligung von Zuschüssen an einzelne Zweigvereine wurde bis zur Klarstellung der tatsächlichen Unkosten einzelner Anträge ausgesetzt. Mit der bisherigen Führung und Ausstattung der Vereinszeitschrift „Der Harz" erklärte sich die Versammlung einverstanden und gab in weitgehendem Umfange deren Bezug anheim. Die nächste Tagung findet 1924 in Lauterberg statt.

Auf der Waffensuche

Dornburg (Elbe), 20. September.

Auf der Domäne Dornburg ist bei dem früheren Korvettenkapitän, jetzigen Amtsvorsteher Leckler eine Haussuchung abgehalten worden. Ein Auto mit etwa 40 Mann staatlicher Ordnungspolizei erschien und suchte nach einem „Waffenlager". Das Ergebnis war natürlich vollkommen negativ.

Die Haussuchung gründete sich auf eine Denunziation, wonach Leckler öfter von Dornburg abwesend sein sollte und etwa im Juli d. J. ein starker nächtlicher Autoverkehr in Dornburg stattgefunden haben solle. Diese Denunziation war vollkommen unsinnig und der verstärkte „Nachtverkehr" von den Denunzianten einfach erfunden.

Papier aus Schilf

Großenhain, 20. September.

Die Muldenthal-Werke in Freiberg haben jetzt in Großenhain eine großzügig angelegte und mit den modernsten Maschinen ausgerüstete Tochterfabrik eröffnet, die das große Areal des ehemaligen Militärflugplatzes umfaßt. Die Tagesproduktion des Werkes beläuft sich auf 50 000 Kilogramm.

In der Fabrik wird zum ersten Male Schilf neben Holz und Zellulose zu Pappe und Zeitungspapier verarbeitet. Der Freistaat Sachsen gilt als hervorragendes Hydrophytitofgebiet mit etwa 50 000 Tonnen Schilf, Binsen und Rohr. Die Verwendung dieses Hydrophytitostoffes zu Pappe und Papier bedeutet nach dem Zeugnis des Universitätsprofessors Rassow-Leipzig einen neuen Abschnitt in der Papierherstellung, der geeignet ist, die bisher zum größten Teil brachliegenden Hydrophytitofgebiete nutzbar zu machen.

Weißenfels, 20. September. (Fleischvergiftung im städt. Krankenhause.) Im Weißenfelser Krankenhause ist eine größere Anzahl Erkrankungen vorgekommen, die aber einen gutartigen Verlauf genommen haben. Alle Erkrankten sind außer Gefahr, Todesfälle sind nicht vorgekommen. Einige Schwestern und ein Arzt sind schon wieder dienstfähig, weitere werden in den nächsten Tagen folgen. Dem plötzlichen empfindlichen Mangel an Pflegepersonal und Aerzten konnte dadurch begegnet werden, daß einige Aerzte und Frauen aus der Stadt, Leichtkranke und die städt. Fürsorgeschwestern hilfsbereit in die Bresche sprangen. Landrat Zimmermann stellte mehrere Schwestern des Landkreises Weißenfels baldigst zur Verfügung. Insgesamt handelte es sich um 45 Fälle, die alle von demselben Fleisch bzw. der Brühe und Tunke genossen hatten. Alle Diätkranken, denen diese Speisen verboten waren, blieben gesund.

Lauchstädt, 20. September. (Denkmal für die Gefallenen.) Das Denkmal für die Gefallenen unserer Stadt traf auf 2 Lastkraftwagen hier ein. Mit der Aufstellung wurde gleich begonnen.

Wallendorf, 20. Sept. (Erntedankfest.) Die kirchliche Feier unseres diesjährigen Erntefestes hat einen recht erhebenden Verlauf genommen. Der Kirchenchor der Altenburg aus Merseburg war, wie schon mehrere Male in diesem Jahre, erschienen, um mit musikalischen Gaben verschiedener Art der Feier eine höhere Weihe zu geben. So wechselten zahlreiche Chorgesänge mit Einzelliedern und Violinstücken einander ab. Zwischen den einzelnen musikalischen Darbietungen standen Vorlesungen von Psalmenworten; den Höhepunkt und Mittelpunkt des Gottesdienstes bildete die Ansprache des Ortsgeistlichen Pastor Günther, der auf die Not des Vaterlandes hinwies. Diesen beiden Teilen ordneten sich Gesangsstücke aufs beste ein. Mächtige Orgelsätze, von Kantor Loebe-Wallendorf zum Vortrag gebracht, rahmten die Feier ein. Am Schluß wurde eine Sammlung veranstaltet für die Errichtung eines Gedenksteins und einer Ehrentafel für die im Weltkrieg gefallenen Mitglieder des Kirchspiels.

Köthen, 20. Sept. (Eisenbahnunfall.) An den Eisenbahn-Unterführungen in der Nähe des Dreiangels stieß ein Arbeiterzug mit einer Lokomotive zusammen. Hierbei wurde die fast neue Lokomotive nicht unerheblich beschädigt; auch sonst entstand noch geringer Schaden. Vom Personal des Zuges wie von der Lokomotive wurde glücklicherweise niemand verletzt. Der heftige Krach, den der Zusammenstoß verursachte, wurde weithin von den auf den Feldern arbeitenden Personen vernommen.

Zerbst, 20. Sept. (Das Ende einer jungen Ehe.) Eine junge Ehe hat hier ein trauriges Ende gefunden. Eine in guten Verhältnissen lebende, erst seit einem halben Jahr verheiratete Einwohnerin unserer Stadt in der Dessauer Straße hat sich am Sonntag mit Strychnin vergiftet. Die Dosis war so stark, daß beim Eintreffen des Arztes der Tod bereits eingetreten war. Der Gatte versuchte in der ersten Verzweiflung sich ebenfalls das Leben zu nehmen, wurde aber von Nachbarn daran gehindert. Die Ursache zu der erschütternden Tat muß in seelischen Depressionen der jungen Frau zu suchen sein.

Rohlau, 20. September. (Vom Tode errettet.) Hier wurde von Herrn Reinhard Schulze und dessen Bruder am jenseitigen Elbufer gegenüber der Schlangengrube eine junge Dame namens Lydia von Unruh aus Dessau fast leblos aufgefunden. Die junge Dame, die beim Baden vielleicht in eine tiefe Stelle geraten war, stand bis zum Kinn im Wasser und wurde, als sie von den beiden Brüdern Sch. ans Ufer gebracht worden war, bewußtlos. Die sofort benachrichtigte Sanitätskolonne sowie ein noch hinzugezogener hiesiger Arzt unternahmen Wiederbelebungsversuche, die nach längeren Bemühungen auch von Erfolg gekrönt waren. Die junge Dame wurde dann mittels Sanitätswagen dem Josephs-Krankenhause in Dessau zugeführt.

Kalbe a. M., 20. Sept. (Wertbeständig.) Die Altmärkischen Bausteinwerke, A.-G., in Kalbe a. M. entlohnen ihre Arbeiter zum Teil mit Gutscheinen auf je 100 Mauersteine, die jederzeit vom Werk abgefahren werden können.

Wiehe, 20. Sept. (Milliardensegen für den Stadtsäckel.) Kürzlich fand der Grummetgrasverkauf der ca. 200 Morgen städtischen Wiesen im „Schützenhaus" statt. Der in letzter Zeit eingetretene Geldentwertung entsprechend sind auch die Preise recht hohe. Der Morgen kam durchschnittlich 120—150 Millionen. Der Gesamterlös beträgt 17 Milliarden 282 Millionen Mark. Hoffentlich wird das Geld sofort nutzbringend angelegt.

Halle und Umgebung

Halle, 21. September.

Alldeutscher Verband

Vortrag Dr. Seeligmüller,

Eindrücke aus dem heutigen Wien und die Anschlußfrage.

Der erste Vortragsabend wurde durch den anregenden Vortrag von Herrn Dr. Seeligmüller zu einem lebhaften Auftakt für das kommende Halbjahr. Nach Eindrücken, die der Vortragende bei seinem Aufenthalt in Wien und durch Gedankenaustausch mit führenden Politikern Deutsch-Oesterreichs erhalten hat, schilderte er im ersten Teil das Wirtschaftsleben, das Verkehrswesen, Heereswesen und die Nachkriegseinstellung in dem Teil der früheren Habsburger Monarchie, welcher nach dem Zusammenbruch unter dem Namen „Deutsch-Oesterreich" übriggeblieben ist und in 9 Ländern 6 Millionen Einwohner zählt, wovon fast der dritte Teil auf die alte Hauptstadt Wien entfällt.

Im zweiten Teil des Vortrages ging der Vortragende nach kurzer Schilderung des Partei- und Pressewesens zu der Frage des Anschlusses des heutigen Oesterreichs an das Reich über und erörterte zunächst die unüberwindlichen Schwierigkeiten, welche der Vertrag von St. Germain sowie der Schmachvertrag von Versailles heute der praktischen Ausführung des Anschlusses entgegenstellen. Nachdem im Herbst 1918 die 6 Volksbeauftragten absichtlich die Gelegenheit, Deutsch-Oesterreich einzuverleiben, versäumt haben —, die Gründe mögen z. T. in der Befürchtung gelegen haben, einen starken nationalen Zuwachs zum Reich zu bekommen, welcher den Sozialismus gefährdet hätte, teils in der Absicht, jede Reizung unserer „früheren" Feinde nach berühmten Mustern zu vermeiden —, kam in nächster Zeit, vielleicht schon sehr bald, bei endgültiger Zerreißung des Versailler Vertrages von neuem die Gelegenheit, und zwar die letzte, sich bieten, den österreichischen Bruder in die große Völkerfamilie Deutschland aufzunehmen. Die Einstellung jedes Deutschen, sich für diesen großen Augenblick bereitzuhalten, suchte der Vortragende herbeizuführen durch längere Ausführungen über das Für und Wider der Einverleibung.

Unter Ausschaltung aller gefühlsbetonten Erwägungen kam Redner unter Uebereinstimmung aller Anwesenden im Schlußwort zu dem Ergebnis, daß aus kulturellen politischen und völkischen Gründen die Vereinigung Deutsch-Oesterreichs mit dem Mutterlande eine unbedingte Notwendigkeit ist, hat doch ein Engländer in Wien das Wort gebraucht: „Wenn es Deutschland gelinnt, sich mit Deutsch-Oesterreich zu vereinigen, dann hat Deutschland den Weltkrieg gewonnen."

— **Die verlängerte Polizeistunde.** Man sollte annehmen, daß die wirtschaftliche und politische Notlage des Volkes Gastwirte und Publikum veranlassen sollte, den Bestimmungen des Notgesetzes vom 24. Februar 1923 über Polizeistunde und Einschränkungen der Vergnügungen mehr Verständnis entgegenzubringen. Leider ist dies nicht der Fall. Noch immer treten Vergnügungsvereine, Stammtische usw. an die Polizeibehörden mit unbegründeten Anträgen auf Verlängerung der Polizeistunde heran. Es sei deshalb darauf hingewiesen, daß nach den maßgebenden Bestimmungen die Verlängerung der Polizeistunde nur zulässig ist für geschlossene, auf den Kreis ihrer Mitglieder, Angehörige und durch schriftliche, namentliche Einladung des Vorstandes eingeführte Gäste beschränkte Veranstaltungen, sofern durch den Zweck der Veranstaltung ein besonderes Bedürfnis für eine Verlängerung der Polizeistunde nachgewiesen ist, insbesondere bei Abhaltung des jährlichen Stiftungsfestes, Winter- und Sommerfesten von Vereinen mit bekanntem Vereinszweck. Die Erteilung der Polizeistundenverlängerung liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Polizeibehörde. Die Abweisung bedarf keiner Begründung. Die Verlängerung darf für einen bestimmten Verein höchstens zweimal jährlich erteilt, und muß versagt werden, wenn die Zahl der Gäste in einem solchen Mißverhältnis zur Zahl der Vereinsmitglieder steht, daß die Veranstaltung einer geschlossenen Gesellschaft nicht mehr als vorliegend angenommen werden kann. Die Erlaubnis muß für jede Veranstaltung besonders nachgesucht werden. Eine allgemeine Erlaubnis für bestimmte Schanklokale, Veranstaltungen und Vereine ist unzulässig.

An unsere Leser!

Die Zustellung der Zeitung durch Trägerinnen ist in letzter Zeit überall sehr unzuverlässig geworden. Deshalb hat der Verlag auf vielseitigen Wunsch unserer Leser in der Stadt Abholestellen eingerichtet, von denen die Zeitung bereits am 1. Oktober abgeholt werden kann. Die Zeitung wird dorthin durch Kraftwagen expediert und ist nachmittags noch mit dem großen Börsenkurs des gleichen Tages spätestens um 4½ Uhr erhältlich. Unsere Leser, welche die Zeitung künftig selbst abholen wollen, bitten wir, dem Verlag möglichst durch den nebenstehenden Abriß die gewünschte Abholestelle bekanntzugeben, damit in der Zustellung der „Hallescheen Zeitung" keine Unterbrechung eintritt. Die Abonnenten haben sicher Kinder oder Dienstleute im Hause, welche die Zeitung abholen können. Dafür ermäßigt sich der Bezugspreis für Selbstabholer um 10 %. Die Abholekarten können am 30. September in den gewählten Abholestellen gegen Bezahlung der Bezugsgebühr in Empfang genommen werden. Lesern, denen an pünktlicher und billiger Zustellung gelegen ist, wird die Benutzung dieser Einrichtung empfohlen.

Abholestellen:

Bernburgerstraße 28,
Karl Pritschow, Papierwarenhandlung.

Fleischerstraße 25,
Gustav Thiele, Viktualiengeschäft.

Friedrichstraße 8, Ecke Weidenplan,
Franz Schumann, Kolonialwarenhandlg.

Glauchaerstraße 10,
Paul Mertens, Kolonialwarenhandlg.

Gütchenstraße 15, Ecke Ludwig-Wuchererstr.,
Robert Hoffrichter, Zigarrengeschäft.

Heinrichstraße 10, Ecke Ludwig-Wuchererstr.,
Karl Günther, Bäckermeister.

Humboldtstraße 14, Ecke Kronprinzenstr.,
Walter Sonntag, Kolonialwarenhandlg.

Kohlschütterstraße 9, Ecke Reilstr.,
Hermann Hugo, Buch- u. Papierhandlg.

Leipzigerstraße 61/62,
Hauptgeschäftsstelle der Halleschen Zeitung.

Liebenauerstraße 19, Ecke Pfännerhöhe,
Otto Scheurig, Kolonialwarenhandlg.

Magdeburgerstraße 47,
Adolf Wiedemann, Papierwarenhandlg.

Manskelderstraße 62,
Otto Lehmann, Zigarrengeschäft.

Große Brunnenstraße 1,
Oskar Lehmann, Schreibwarenhandlg.

Schmeerstraße 28,
C. F. G. Kitzing, Zigarrengeschäft.

Reilstraße 105,
Rudolf Möbius, Bäckermeister.

Große Steinstraße 59,
Emma Ackermann, Buch- u. Papierhdlg.

Steinweg 25,
Alwine Ewald, Blumengeschäft.

Südstraße 55, Ecke Bernhardystr.,
Emil Heller, Zigarrengeschäft.

Kleine Ulrichstraße 24a,
Franz Höllein, Zigarrengeschäft.

Wegscheiderstraße 6, Ecke Wittestr.,
Paul Schiedewitz, Kolonialwarenhandlg.

Ich — wir — bitten ab 1. Oktober die Zustellung der „Halleschen Zeitung" durch die Trägerin einzustellen. Ab 1. Oktober wird die „Hallesche Zeitung" in der Ausgabestelle:

Name: _____

Straße: _____

abgeholt.

_____
Name

_____
Straße

(Bitte ausfüllen und unfrankiert in den Briefkasten werfen.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192309211-10/fragment/page=0003

Volkswirtschaftlicher Teil der „Halleschen Zeitung“

Danzig-Devisen

Danzig, 20. September.

	G.	B.		G.	B.
New York	149625000,—	150375000,—	London	64375000,—	65125000,—
Polen-Noten	356075,—	373925,—	Amsterdam	—,—	—,—
Warschau	32917,50	33082,50	Paris	—,—	—,—
Posen	—,—	—,—			

Goldsollaufgeld 22—25. Sept.: 3 359 999 900 Proz.
Goldankaufspreis: 1 Elle fein = 610 Dollar.
Silbermünzen: 5 500 000 × Nennwert. (Ab 17. 11.)
Lebenshaltungsindex 17. Sept. 14 244 900 (+ 182 %).
Umrechnungssatz für die Landabgabe 22—25. 9. 33 600 000 %.

Markbewertung in New-York

New-York, 20. September, 11 Uhr (5 Uhr nachm. MEZ.).

Die heutige Börse eröffnete mit einer Markbewertung von 0,68 G., 0,7 B., was einer Dollarparität von 147 058 823 entspricht. Im Verlauf verbesserte sich die Markbewertung auf 0,9 G., 0,92 B. Dies entspricht einer

Dollarparität von 111 111 111

Berliner Abenddevisen

Berlin, 20. September.

An der Abendbörse um 5½ Uhr notierten bei stark rückgängiger Tendenz Amsterdam 47,6 Mill., London 550 Mill., New-York 121 Mill., Paris 7,2 Mill.

Umrechnungskurs für die Devisennotverordnung

Berlin, 20. September.

Der für die Durchführung der Devisenordnung maßgebende amtliche Mittelkurs ist am 20. September 182 000 000 M. (siehe „H. Z.“ vom 1. September).

Steuern und Achtstundentag

Eine Bemerkung zur Verordnung des Reichspräsidenten gegen Steuerverweigerung.

Auf Grund des § 48 der Reichsverfassung hat der Reichspräsident zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit für das Reichsgebiet eine Verordnung gegen die Aufforderung zur Nichtbezahlung von Steuern und gegen Steuerhinterziehung sowie auch eine Verordnung gegen die Aufforderung zur Zurückhaltung von Lebens- und Futtermitteln erlassen. Der Entwurf dieser Verordnung lag bereits seit mehreren Wochen vor, doch konnte man sich bisher zur Herausgabe angeblich nicht entschließen, weil eine Vermehrung der Verfügungen des Reichspräsidenten auf Grund des § 48 der Reichsverfassung nicht beabsichtigt war. Vielleicht mag für die Zurückhaltung auch die Erkenntnis maßgebend gewesen sein, daß es sich hierbei um eine Verordnung handelt, die bei rigoroser Handhabung nicht nur den wirklich Schuldigen, sondern auch denjenigen trifft, der aus innerster und ehrlichster Ueberzeugung die Steuergesetze der Regierung einer vernichtenden Kritik zu unterziehen sich genötigt sieht. Sollte diese Art der Handhabung Platz greifen, dann hätten wir es mit einer Maulkorbverordnung schlimmster Art zu tun.

Man wird sagen, außerordentliche Zeiten verlangen außerordentliche Mittel. Warum werden diese aber nicht auch für andere Zwecke eingesetzt? Die öffentliche Sicherheit und Ordnung ist so beispielsweise in hohem Maße dadurch gefährdet, daß die Lehre vom Achtstundentag von vielen Seiten als ein unverletzliches Heiligtum betrachtet wird und die Arbeiterführer deshalb die strengste Kontrolle darüber ausüben, daß es nicht verletzt wird. Dabei liegt ganz offensichtlich eine der Hauptquellen unserer Verelendung in der Minderleistung, die sich als eine Folge der verkürzten Arbeitszeit und des gesunkenen Arbeitserleistungsaufwandes darstellt. Kennzeichnend für diese Einstellung ist folgendes Vorkommnis gelegentlich der letzten zentralen Lohnverhandlungen im Bergbau.

Ein bekannter industrieller Führer wies Arbeitervertreter darauf hin, daß der erschreckende Leistungsrückgang unter heutigen Verhältnissen untragbar sei, und daß man unter allen Umständen daran denken müsse, auf Friedensleistung zurückzukommen. Eine weniger engherzige Auslegung des Achtstundenlanges würde einen wesentlichen Schritt zur Erreichung dieses Zieles darstellen. Hierauf erwiderten die Arbeiterführer, daß sie mit dem Abkommen über Verfahren von Sonntagsschichten sehr wenig Glück gehabt hätten und keine Lust verspürten, zum zweiten Mal den „Buckel hinzuhalten“. Darauf entgegnete der Industrielle, die Arbeitgeber würden dies den Arbeiterführern sehr gern abnehmen und selbst mit der Arbeiterschaft verhandeln. Hierauf gab der Führer des Bergarbeiterverbandes die denkwürdige Antwort: „Dies werden wir zu verhindern wissen.“

Wenn schon gegen Steuersabotage und Lebensmittelzurückhaltung mit drakonischen Verordnungen vorgegangen werden muß, was hindert den Reichspräsidenten, nicht auch alle Aufforderungen an die Arbeiterschaft, keine Mehrarbeit über den Achtstundentag zu leisten, unter Strafe zu stellen? Die kleine Gruppe von Führern, welche unbelehrbar durch die furchtbare Zuspitzung unserer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Situationen mit aller Engherzigkeit an dem Achtstundentag festhält und die vielfach arbeitswillige Arbeiterschaft zurückhält, verfündigt sich an der Volksgemeinschaft in mindestens ebenso hohem Maße wie diejenigen, die dem Staate nicht geben, was des Staates ist, und die Lebensmittel zurückhalten. Wenn keine Einsicht kommen sollte, dann bleibt auch hier letzten Endes nur der Weg des Zwanges.

Die amtliche Großhandelsziffer

(Eigener Drahtbericht.)

Das Niveau der Großhandelspreise hat sich nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes in der Zeit vom 11. bis 18. September um 212,8 v. H. auf das 36 Millionenfache des Friedensstandes gehoben. Der Dollar stieg in der gleichen Zeit von 66,2 auf 150 Millionen Mark oder um 126,6 v. H., so daß das Goldniveau der Großhandelspreise wieder eine Aufwertung von 73 v. H. Gold auf 100,8 v. H. Gold erfuhr. Dies wird vornehmlich durch die Steigerung der Preise für Inlandswaren herbeigeführt, die infolge der Neuregelung der Kohlenpreise sowie der amtlichen Abgabepreise für Brotgetreide um 244,8 v. H. auf das 33,3millionenfache stieg, während die Einfuhrwaren mit einer Aufwärtsbewegung um 138,3 v. H. auf das 49,5millionenfache die Steigerung des Dollarkurses nur um ein Geringes überschritten. Die Lebensmittel (im Großhandel) stiegen um 188 v. H. auf das 23,6millionenfache und die Industriestoffe um 234,1 v. H. auf das 59,3millionenfache des Friedensstandes.

d. **Die voraussichtliche Flachsernte.** Aus den Randstaaten wird berichtet: Obwohl die Witterung in diesem Sommer nicht günstig war, wird die heutige Ernte, wie sich jetzt bereits feststellen läßt, nicht schlecht sein. Am besten ist der Flachs in Senegalien gediehen, die Aussaatfläche ist hier jedoch nicht groß; die zweitbesten Ernteaussichten hat Lettgallen, dann folgt Livland. Für ganz Lettland wird die Durchschnittsernte etwa 9,74 Pud pro Lofstelle betragen, was bei der Aussaatfläche von 171,636 Lofstellen 1,6 Millionen Pud bezw. 27 000—28 000 Tonnen fertigen Flachs, also etwa 8000 Tonnen mehr als im Vorjahr ausmachen würde. An Leinsaat hofft man pro Lofstelle 0,9 Pud zu gewinnen, demnach im ganzen 1 700 000 Pud.

★ **Die russische Ernte.** Nach einem Bericht in der offiziellen „Moskauer Zeitung“ vom 21. August 1923 sind weite Landstriche im Nordosten und einige Distrikte im Westen Rußlands von vollkommener Mißernte bedroht. Im Süden und Südosten wird eine mittlere Ernte erwartet. Die in der ersten Augustwoche berichteten Ernteziffern werden in vielen Gebieten Rußlands für zu hoch erachtet. Wie der „Europäische Commercial“ mitteilt, wird das Defizit in der Krim 50 Prozent der für Nahrungszwecke und als Saatkorn von der Bevölkerung benötigten Getreidemengen betragen, d. s. etwa 125 000 Tonnen Getreide. Außerdem hat die Bauernbevölkerung der Krim 40 000 Tonnen Getreide an die Regierung abzuliefern und zwar als Zahlung für die in den Jahren 1921/1923 gewährten Unterstützungen. So steht es in einem der fruchtbarsten Gebiete Südrußlands. Die Pläne, „den Ring der Kapitalisten durch die Lieferung von Nahrungsmitteln an die europäischen Mächte zu brechen“, wie sie die Sowjetkandidatenpolitiker aufgestellt haben, werden nun durch die düsteren Aussichten der nächsten Zukunft und das Gespenst einer abermaligen Hungersnot in Rußland zunichte gemacht.

d. **Grube Leopold bei Ebderitz, Cöthen.** Wie wir hören, ist die Gesellschaft bereit, ihre im März d. J. gekündigten Obligationen von 1900 sowie diejenigen der Emissionen 1919, 1920 und 1921 in der Weise umzutauschen, daß für je nom. 100 000 M. Teilschuldverschreibungen eine Grube Leopold-Aktie gewährt wird. Die Darmstädter und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Abteilung Bahrenstraße, ist bereit, den Umtausch zu vermitteln und etwaige Spitzen auszugleichen.

d. **Bismarckhütte A.-G.** Der Geschäftsgang ist, wie der „Deutsche Handelsdienst“ erfährt, in den Hauptabteilungen fortdauernd befriedigend. Grobbleche und Eisenbahnoberbaumaterial werden Qualitätsware immer mehr produziert. Auch die weiteren Spezialerzeugnisse der Bismarckhütte werden nach wie vor rege gefragt.

★ **Ein neues Petroleumfeld.** Wie der „European Commercial“ berichtet, ist ein neues Petroleumfeld in einer Ausdehnung von 100 Desjatinen am Kaspischen See nördlich der Dosser-Werke entdeckt worden.

d. **Plauener Gardinenfabrik A.-G., Plauen.** Die Generalversammlung setzte die Dividende für die Stammaktien auf 1000 (50 Proz.) Proz. und für die Genußscheine auf 500 Proz. (50 Proz.) fest.

★ **Die Bruno Zirrgiebel Aktiengesellschaft, Leipzig,** hat ihre Kapitalserhöhung von 5 000 000 M. auf 12 500 000 M. durchgeführt und ihren Aktionären auf 2 alte 1 junge Aktie zum Kurse von 1200 Proz. je 12 000 M. gegeben. Das Werk ist ausreichend mit Aufträgen versehen ohne Rohmaterialmangel und wird, wie wir hören, für das am 31. Mai bereits beendete Geschäftsjahr eine Dividende von 500 Proz. ausschütten. Zum Erwerb resp. zur Angliederung oder Beteiligung eines recht günstig passenden Werkes soll eine neue Emission geplant sein.

d. **Furcht vor Mangel an Rohseide.** Man erwartet in London, daß die Erdbebenkatastrophe in Japan einen Mangel an Rohseide hervorrufen wird. Am 1. August betrugen die Vorräte 22 914 Ballen und waren wahrscheinlich am 1. September um 3000 Ballen gestiegen. Der monatliche Durchschnittsverbrauch von Rohseide beträgt 32 000 Ballen. Die japanischen Vorräte sind jedoch nun vernichtet.

★ **Billige Fahrt zur Frankfurter Messe.** Wir machen unsere Leser darauf aufmerksam, daß für die Sonderzüge zur Frankfurter Herbstmesse der Multiplikator von 1,5 Millionen nach gilt, während im allgemeinen Verkehr bereits 9 Millionen gerechnet werden. Die Fahrt mit den Sonderzügen kostet mithin zurzeit nur ein Sechstel des gewöhnlichen Fahrpreises. Sonderzüge verkehren auf den Strecken Berlin—Erfurt—Frankfurt, Hamburg—Hannover—Kassel—Frankfurt, Stuttgart—Mühlacker—Heidelberg—Frankfurt, Karlsruhe—Mannheim—Frankfurt, Nürnberg—Würzburg—Frankfurt. Näheres durch Aushänge auf den Bahnhöfen.

d **Preise für Superphosphat und Stickstoff in Mischungen.** Der Superphosphatpreis beträgt am 19. September für das Kilogramm-Prozent wasserlösliche Phosphorsäure 27 044 000. Stickstoff in Mischungen. Das Ammoniak in Mischungen kostet am 20. September das Kilogramm Stickstoff 40 628 000 M.

Weitere Erhöhung des Goldzollaufgeldes. Für die Zeit vom 22. bis 25. September 1923 einschließlich beträgt das Goldzollaufgeld 3 359 999 900 v. H. (1 Goldzollmark = 33 600 000 Papiermark). Für die Zeit vom 19. bis 21. September betrug es 2 179 999 900.

★ **Schiffsverkehr auf der Saale.** (Mitgeteilt von der Reederei der Saale-Schiffer, Akt.-Ges., Halle a. S. Angekommen am 19. September 1923: Kahn Nr. 483, Sr. C. Höppner, mit Getreide von Hamburg; Kahn 8748, Sr. G. Polland mit Getreide von Hamburg; Kahn Nr. 605, Sr. H. Stelzer mit Getreide von Hamburg.

Der Umrechnungskurs der Landabgabe. Der Umrechnungssatz für die Abgabe der landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betriebe (Landabgabe) beträgt für die Zeit vom 22. bis zum 25. September 1923 einschließlich 33 600 000 für je eine Goldmark.

d. **Die Zuckersteuer.** Auf Grund des § 6 des Zuckersteuergesetzes vom 9. Juli 1923 und 11. August 1923 wird folgendes bestimmt: 1. Die Abgabe von Stärkezucker beträgt neunundvierzig Millionen zweihunderttausend Mark, die von anderem Zucker einhundertdreiundzwanzig Millionen Mark von 100 Kilogramm Reingewicht. 2. Die Verordnung tritt mit Wirkung vom 23. September 1923 in Kraft. Gleichzeitig tritt die dritte Verordnung über die Höhe der Zuckersteuer vom 12. September 1923 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 213 vom 11. September 1923) außer Kraft.

w. **Vorübergehende Einstellung von Zinszahlungen des Reiches.** Wie wir von zuständiger Seite erfahren, sieht sich die Hauptverwaltung der Staatsschulden und die Reichsschuldenverwaltung im Hinblick auf die Geldentwertung und die außerordentlich gesteigerten Kosten der Uebersendung der Zinsbeträge sowie ihrer Buchung bei den Banken, Sparkassen usw., und zwar auch im eigenen Interesse der Schuldbuchgläubiger und in der Annahme ihres Einverständnisses veranlaßt, vorläufig von weiteren Zinszahlungen für die im Reichsschuldbuch und früheren preußischen Staatsschuldbuch eingetragenen Forderungen abzusehen, unbeschadet des Rechtes der Gläubiger auf den Bezug der Zinsen und vorbehaltlich einer späteren endgültigen Regelung.

w. **Neue Zinssätze für Schatzanweisungen.** Infolge der Erhöhung des Reichsbankdiskonts haben auch die Zinssätze für die Abgabe von kurzfristigen Reichsschatzanweisungen eine beträchtliche Heraufsetzung erfahren: Für Stücke unter 30 Tagen Laufzeit zahlt die Reichsbank dem Käufer 45 Prozent, für Termine von 30—90 Tagen 48 Prozent Zinsen; der Mindestbetrag für die Abgabe der kurzen Sichten ist auf 500 Millionen Mark für die mittleren Termine auf 250 Millionen Mark und für die längeren Laufzeiten auf 100 Millionen Mark festgesetzt worden.

d. **Umwandlung von Devisen und Sorten.** In einer Bekanntmachung betr. Umwandlung von Devisen und Sorten wird das Verbot der Umwandlung von ausländischen Devisen in ausländische Geldsorten und der Auszahlung von ausländischen Währungssorten in Geldsorten (Nummer 2 der Ausführungsbestimmungen zur Valutaspekulationsverordnung vom 24. August 1923 — Reichsgesetzblatt I, S. 835) für ausländische Vertretungen und Dienststellen, denen der Reichswirtschaftsminister die Genehmigung zum Erwerbe ausländischer Zahlungsmittel erteilt hat, beseitigt. Ferner dürfen ausländische Zahlungsanweisungen, die auf weniger als 100 Mark Gold lauten oder wenn der Zahlungsempfänger ein Ausländer ist, in ausländischen Geldsorten ausgezahlt werden.

d. **Die Einschränkung der Devisenmakler.** Es wird mitgeteilt: Die Veröffentlichung der Devisenmaklerverordnung, auf die in der Presse bereits hingewiesen worden ist, steht unmittelbar bevor. Nach der Devisenmaklerverordnung ist die Vermittlung von Geschäften über ausländische Zahlungsmittel außer Devisenbanken und bereidigten Kursmaklern nur noch auf Grund der Verordnung zugelassenen Devisenmaklern gestattet. Die Devisenmakler dürfen solche Geschäfte nur zwischen Devisenbanken vermitteln und sollen nur im Ortsbereich staatlich anerkannter Fernbörsen zugelassen werden. Die Oberste Landesbehörde bestimmt im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister die Höchstzahl der Devisenmakler jedes Börsenplatzes. Das Verfahren ist ähnlich geregelt wie das Verfahren auf Erteilung oder Zurücknahme der Erlaubnis zum Betriebe einer Wechselstube in der Verordnung vom 8. September 1923 (Reichsgesetzblatt I, Seite 282). Doch bedürfen auch Angestellte, die nicht Stellvertreter sind, der Erlaubnis, wenn sie mit der Vornahme der Vermittlung von Geschäften aus ausländischen Zahlungsmitteln beauftragt werden sollen. Außerdem ist ein Ordnungsstrafrecht des Kommissars für Devisenerfassung vorgesehen. Für Übergangszeit ist eine Regelung dahin getroffen, daß die Devisenmakler an Börsenplätzen die Vermittelung zur Erledigung ihres Antrages auf Zulassung fortsetzen können, wenn ihr Antrag bis zum 30. September beim Börsenvorstand eingegangen ist. Gleichzeitig werden Ergänzungen der seitherigen Devisengesetzgebung bekanntgegeben.

d. **Bezugsrechte.** Das Bezugsrecht auf die neuen Aktien der Vereinigten Harzer Portlandcement- und Kalkindustrie, Elbingerode-Harz, wird am 21., 24. und 26. September an der Berliner Börse notiert.

w. **Begebung einer 5 % igen Goldmarkanleihe der Stadtgemeinde Danzig.** Durch Vermittlung eines unter Führung des Preußischen Staatsbank (Seehandlung) stehenden Bankenkonsortiums wird in der Zeit vom 24. September bis 1. Oktober eine 5 %ige Goldmarkanleihe der Stadtgemeinde Danzig zu 98 % unter Zugrundlegung des Dollarkurses zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt werden. Der Erlös der Anleihe ist für den Ausbau der im Gebiet des Freistaates Danzig belegenen Wasserkräfte, die der Elektrizitätserzeugung nutzbar gemacht werden, bestimmt. Die erforderlichen Bauten sind ausschließlich von in Deutschland ansässigen Firmen ausgeführen, sodaß der Anleiheerlös der deutschen Industrie zugute kommt. Die Einzelheiten der Anleihebegebung werden noch bekanntgemacht.

Hallesche Notierungen.

Halle a. S., den 20. Sept. 1923.

Anleihen

Ohne Gewähr. (in Tausendern). * = repatriert

3 % Landsch. Zentral-Pfdbr	50 G	4 % Sächs. landsch. Pfdbr.	2100
3½ „ „ „ „	50 G	3½ „ „ „ „	1500
4 % „ „ „ „	60 G	3 % „ „ „ „	1500
		Dollaranleihe	—
Sparprämienanleihe	—	4 % Preuß. Konsols	—
5 % Dtsch. Reichsanleihe	—	3½ % „	—
4 % „ „	—	3 % „	—
3½ % „ „	—	4 % Anhalter Staatsanl.	—
3 % „ „	—		
3½ % Hall. Th.-Anl. v. 1883	—	3½ % Halberst. Stadtanl. 21	—
3½ % Hall. Stadt-Anl. v. 1886	—	3½ „ „ 97 u 02	800
3½ % „ „ v. 1892	2000	4 % Leipziger Stadtanl. 08	—
3½ % Hall. St.-A. v. 1900, S. III	—	3½ % Naumb St.-Anl. 89	1500
4 % „ „ v. 1900	—	3½ % „ „ 97 u. 99	1500
4 % „ „ v. 1905	2000	3½ % „ „ 1900	1500
4 % Hall. St.-A. v. 1910	—	4 % Nordhäuser Stadtanl	—
4 % „ „ v. 1919	2000	4 % Weissenf. St.-A. v. 1906	—
3½ % Städt. Zool. Gart.-Anl.	—	3½ % Zerbst St.-Anl. v. 1906	—
3½ % Akener Stadt-Anl.	—	Magdeburg. Pfandbriefamt	—
3½ % Erf. St.-Anl. 88 u. 01	gek.	Landlieferungsverband	3500
3½ % Erf. St. Anl. 98 u. 01 III	gek.	4 % Sächs. Rentenbriefe	—
4 % Erf. St.-Anl. III v. 99	gek.	3½ % „	—
4 % „ „ „ v. 01	gek.	3½ % Provinzial-Anleihe	3500
4 % „ „ „ v. 08 u. 10	gek.	4 % „ „	2000
		3½ % Unstrut-Anleihe	2000

4½ % D. Grubeb. Bitterf. H.-A.	—	4½ % Eilenb. Katt.-Man. H.-Anl. rückz. mit 102 %	100000
5 % Bruckd.-Nietl. B.-V. H.-A.	500G	5 % Eisenw. Schafstädt Byr.-Anl. rückz. 101 %	50000
5 % G. Burbach H.-A. v. 103 %	—	5 % do. rückz. m. 102 %	50000
4½ % G. Auguste b. Bitterf.-A.	1500G	4 % Kyffh. H.-A. unk. bis 1913	30000
4½ % „ „ v. 102 %	1500G		
4½ % S.-Thür. Br.-V.-A. v. 102 %	2000G		
5 % Crölliw. Papierfabr. v. 1921	10000G		
5 % „ „ v. 1922	10000G		

Berliner Metallnotierungen.

Berlin, 20. Sept.

Preise verstehen sich ab Lager in Deutschland für 1 Kilo.

Elektrolytkupfer	—,—	Orig.-Hütten-Alumin. (in Walzdraht od. Drahtb.) 99 %	—
Zinkhüttenverbandspreis	—,—	Zinn (Banca-Straits-Australi)	—
Raffinade-Kupfer	50—52		162—170
Orig.-Hütt.-Weichblech	20—21	Hüttenzn. (mind. 99 %)	155—160
Orig.-Hütten-Rohzink	—	Reinnickel (98-99 %)	90—95
im freien Verkehr	26—27	Antimon (Regulus)	21—22
Remelted-Platten-Zink	20—21	Silber in Barren, ca. 900 fein für 1 kg	3400—3500
Orig.-Hütten-Alumin. i. Bl. W. dr. Bl.	—		

Druck und Verlag von Otto Thiele. Verantwortlich für die Redaktion: Paul Lindemann; für Volkswirtschaft und Mittelbrustkaufmann Hermann Huth; für Lokales, Kunst und Unterhaltung und Gerichtssaal Dr. Erich Stillheim. — Für den Anzeigenteil: Paul Kersten, sämtlich in Halle.

Statt besonderer Mittellung.

Heute gegen Abend verschied im gesegneten Alter von 83 Jahren unsere gute Mutter, Großmutter und Schwester

Frau Agnes Koch

geb. Stoye.

Im Namen der Hinterbliebenen

Max Koch, Gutsbesitzer.

Gorsleben bei Schochwitz.

Beisetzung: Montag, 24. September, 3 Uhr vom Trauerhause in Gorsleben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192309211-10/fragment/page=0004